



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ermöglichung von kommunalen Shared-Space-Konzeptionen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verkehrsaufsicht der Kreise in die Lage zu versetzen, Anträgen der Kommunen für die Umsetzung verkehrsberuhigender und die Verkehrssicherheit erhöhende Maßnahmen wie z.B. Shared-Space-Konzeptionen zuzustimmen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Städte und Gemeinden des Landes über Shared-Space-Konzeptionen im innerörtlichen Verkehrsgeschehen zu informieren und entsprechende Planungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Begründung:

Kommunen in Schleswig-Holstein, die im weitesten Sinne verkehrsberuhigende und die Verkehrssicherheit erhöhende Maßnahmen wie z.B. Shared-Space-Konzeptionen umsetzen wollen, sollte dies durch die Verkehrsaufsicht ermöglicht werden. Damit wird auch die kommunale Entscheidungsfreiheit in der Verkehrsabwicklung erhöht.

Shared-Space-Konzeptionen (gemeinsam genutzter Raum) ermöglichen eine gleichberechtigtes Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. In einem zentralen innerörtlichen Verkehrsraum werden Bürgersteige, Radwege, Ampelanlagen, Zebrastreifen und Verkehrsschilder abgebaut. Es gilt nur noch die Regel rechts vor links. Ansonsten verständigen sich die Verkehrsteilnehmer, Fußgänger, Radfahrer, PKW-Fahrer, LKW- und Busfahrer durch Blickkontakt und Handzeichen. Die gegenseitige Rücksichtnahme der verschiedenen Verkehrsteilnehmer führt zu einer Verlangsamung des Verkehrsgeschehens, zu weniger Lärm und mehr Sicherheit. Das haben Pilotvorhaben in den Niederlanden und Dänemark aber auch in der niedersächsischen Kleinstadt Bohmte eindrucksvoll bewiesen.

Detlef Matthiessen
und Fraktion